

Göttliche Machtworte in der Politik

Prof. Dr. iur. Andreas Kley, Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte sowie Staats- und Rechtsphilosophie, Universität Zürich

Jean-Jacques Rousseau formulierte 1762 in seinem «Gesellschaftsvertrag» zum Problem der politischen Überzeugungsarbeit einen erstaunlichen Gedanken:

«Diese erhabene Vernunft, die sich über das Verstehen der gewöhnlichen Menschen erhebt, ist jene, deren Entscheidungen der Gesetzgeber in den Mund der Unsterblichen legt, um durch göttliches Machtwort jene mitzureissen, die menschliche Klugheit zu nichts bewegen würde. Aber es ist nicht jedem Menschen gegeben, die Götter sprechen zu lassen oder Glauben zu finden, wenn er sich für ihren Deuter ausgibt. Die grosse Seele des Gesetzgebers ist das wahre Wunder, das seine Aufgabe legitimieren muss.»

Bei Rousseau ist der Gesetzgeber eine einzige Person, welche die Gesetze entwirft. In der heutigen Demokratie hat «der» Gesetzgeber entsprechend der pluralistischen Zusammensetzung des Parlaments viele Seelen in der Brust. Gleichwohl bleibt die Aufgabe erhalten, politische Probleme verbindlich und abschliessend zu entscheiden.

Politische Akteure erhöhen auch heute ihre Durchschlagskraft durch das von Rousseau skizzierte Vorgehen. Sie versuchen ihre Interessen mit Argumenten zu stützen, welche *gegenüber Kritik immun* sind. Diese kritikresistenten Argumente stammen vor allem aus dem Umfeld der Menschenwürde, der Menschenrechte, der Nachhaltigkeit sowie weiterer grundlegender Verfassungsprinzipien. Sie lassen sich im Rahmen theologischer oder philosophischer Argumentationen als Aussagen von letzter Instanz und daher als unumstösslich darstellen. Das zeigt sich offenkundig bei religiösen Begründungen. Aber auch philosophische Begründungen werden in dieser Absicht vorgebracht. Die blosser Erwähnung von Immanuel Kant im Zusammenhang mit einem politisch-ethischen Problem, etwa der Stammzellenforschung, wirkt wie die Anrufung eines philosophischen Gottes. Dabei wird stets Kant schlechthin angerufen und nicht etwa eine ganz bestimmte, durch Seitenzahlen zu bele-

gende Aussage, über die sich (unerwünschterweise) diskutieren liesse. Das bewirkt, dass eine politische Diskussion eines konkreten Lösungsvorschlags angesichts der Autorität Kants oder irgendeiner andern Autorität abgebrochen wird.

Dieses Vorgehen war und ist den römischen Päpsten bekannt, wobei etwa in der berühmten Enzyklika *Quanta Cura* von 1864 die Formulierung drastisch ist:

«Deshalb verwerfen, ächten und verurteilen Wir *kraft Unserer apostolischen Autorität* samt und sonders die verkehrten Meinungen und Lehren, die im einzelnen in diesem Schreiben erwähnt wurden, und wollen und gebieten, dass sie von allen Söhnen der katholischen Kirche als vollends verworfen, geächtet und verurteilt angesehen werden.»

Diese Methode des Überzeugens vermitteltst Autoritäten wie Gott, einem religiösen Oberhaupt oder einem bedeutenden Philosophen ist bis heute wirksam. Sie wird noch immer, aber freilich subtiler, angewendet. Ist sie aber einer Demokratie angemessen?

